

AKTUELL

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG:

Im stillen Kämmerlein

Richard Graf

In puncto Landwirtschaft sieht - bislang - die neue Politik noch ziemlich aus wie die alte.

Mancher, der am Dienstagmorgen dem DP-Landwirtschaftsminister bei seinen Erläuterungen zum „Plan de développement rural“ (PDR) für die Jahre 2014 bis 2020 zuhörte, fühlte sich um Jahrzehnte zurückversetzt. Etwa, wenn der Minister zu erklären versuchte, warum gerade das wohlhabende Luxemburg beim Biolandbau in der letzten Liga spielt.

Anstatt aufzuzeigen, wie der von ihm politisch verantwortete Plan hier eine neue Dynamik schaffen könnte, äußerte Etgen lediglich sein Bedauern, dass Luxemburgs Landwirte sich schwer damit tun, den Weg des Biolandbaus zu beschreiten. Dabei hieß es während der Vorstellung des PDR am Montag in der Chamber, bei der es wegen der knapp bemessenen Zeit allerdings kaum Rückfragen gab, dass die Mittel für die Förderung der Biolandwirtschaft erhöht werden sollen. Dennoch bleiben diese Mittel, im Vergleich mit den Nachbarregionen Wallonien oder Rheinland-Pfalz, eher bescheiden.

Im Vorfeld der Sitzung in der Chamberkommission hatten VertreterInnen der Plattform „Meng Landwirtschaft“ mittels eines Protest-Piquets noch einmal ihre Forderungen in Erinnerung gerufen, nämlich: die Einbeziehung der bäuerlichen Landwirtschaft und nachhaltiger Zielvorgaben (in den Bereichen Klimawandel, Naturschutz, Erhalt der Biodiversität etc.) in den Plan. Und ebenso auch die Konzipierung einer kohärenten Entwicklungspolitik. Auch hier konnte der Minister lediglich auf später vertrösten: „Nach dem PDR ist vor dem PDR. (...) Ich meine der Prozess der (von der Plattform) skizziert wird, ist ein Prozess von mehreren Jahren. Das sind Visionen, die da entwickelt werden, um dahin zu kommen. Es wird aber schwer sein, die Landwirtschaft kurzfristig auf diesen Weg zu bringen.“ Womit Etgen eindeutig die Hoffnung begrub, dass der jetzt diskutierte Plan noch wesentliche Anpassungen im Sinne einer wirklich nachhaltigen Agrarpolitik erfahren könnte.

Zwar wurden noch Nachbesserungen in Aussicht gestellt, die in einer weiteren Sitzung in der Chamber erörtert werden sollen, doch viel Spielraum gibt es nicht mehr, da der PDR Anfang Mai in Brüssel zur Begutach-

tung eingereicht werden muss. Dass jetzt alles in großem Zeitdruck abgewickelt wird, ärgert auch den Mouvement Ecologique, der den entschuldigenden Verweis auf die vorgezogenen Wahlen und die Brüsseler Bürokratie nicht gelten lässt. Am vergangenen Freitag hatte die Umweltgewerkschaft ein umfassendes Positionspapier zu der ihr bis dato vorliegenden Version des PDR vorgestellt.

Zeitdruck

Der Meco unterstellt dem Landwirtschaftsministerium schlechten Willen, denn die PDR-Prozedur sieht eigentlich vor, dass in die Vorbereitungen des PDR nicht nur die betroffenen landwirtschaftlichen Verbände, sondern auch alle anderen Akteure, die mit der Entwicklung des ländlichen Raumes zu tun haben, einbezogen werden. Doch der Plan für die Jahre 2014 bis 2020 wurde erneut im stillen Kämmerlein erarbeitet und stellt nicht nur die Umweltverbände vor (fast) vollendete Tatsachen.

Da Luxemburg, entgegen der Brüsseler Vorgaben, nicht alle Möglichkeiten einer politischen Steuerung durch den PDR ausschöpft, ist das Resultat denn auch alles andere als zufriedenstellend. Der Meco sieht das vorliegende Papier vor allem als ein Instrument, mit dem die überlebensfähigen, also größeren Betriebe wettbewerbsfähig gemacht werden sollen, damit sie auf dem Weltmarkt bestehen können. Die Bedürfnisse einer auf den Erhalt des ländlichen Raumes ausgerichteten bäuerlichen Landwirtschaft, die vor allem für die Region produziert werden, so der Meco, dagegen zu wenig beachtet.

Schlimmer noch: Eigentlich sollten die 700 Millionen Fördergelder (von denen 300 von der EU kommen) vorrangig dafür eingesetzt werden, den luxemburger Verpflichtungen beim Umwelt- und Naturschutz im ländlichen Raum nachzukommen. Als Beispiel lässt sich der schlechte Zustand unserer Gewässer nennen, die in steigendem Umfang mit Pestiziden belastet sind und immer noch überhöhte Nitratwerte aufweisen. Dieses Problem hätte durch gezielte Förderung mit PDR-Mitteln in Angriff genommen werden können. Da dies jetzt nicht geschieht, drohen Strafen: Luxemburg ist seinen selbstauferlegten Umwelt-Verpflichtungen bislang nicht gerecht geworden.

SHORT NEWS

Martin Schulz: das gute TTIP

(lm) - Mit Spannung erwartet wurde die Antwort des sozialdemokratischen Spitzenkandidaten bei den Europawahlen auf die Frage nach Transparenz bei den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP, woxx 1258). Doch Martin Schulz, der am vergangenen Dienstag die Chamber besuchte, hielt sich bedeckt und schwärmte lieber von den guten Seiten eines Abkommens, das die Märkte der westlichen Demokratien vor einer Invasion der illoyalen Konkurrenz schützen könnte. Dabei sollten die hohen europäischen Standards erhalten bleiben. Ob dies mit dem TTIP vereinbar sei, das hatte Ernst-Christoph Stolper am 13. März vor einem NGO-Publikum bezweifelt. Der Experte warnte auch vor der Bildung eines Gegenblocks der Schwellenländer und einem neuen kalten Krieg. Wie auch immer man über diese geostrategischen Szenarien denkt, sie verleihen dem Vorhaben TTIP mehr Sinn als der von der EU-Kommission gepriesene Wachstumsschub von insgesamt 0,5 Prozent über zehn Jahre - über den sich Stolper zu Recht mokierte. Besonders erhellend war aber, dass er sich nicht auf eine Aufzählung der durch das Abkommen drohenden Gefahren beschränkte, sondern dessen, der europäischen Konstruktion entgegengesetzten, Charakter kritisierte: Das TTIP schaffe, so der Experte, gemeinsame Handels- und Produktnormen ohne den geringsten Ansatz einer politischen Union.

Wie Cybermobbing vorbeugen?

(avt) - „Wenn du mir auf den Sack gehst, zeig ich deine Titten im Internet!“ - eine aus dem Alltag gegriffene Drohung. Cybermobbing ist unter Jugendlichen angesagt. Es bedarf nur weniger Klicks und schon landen verfängliche Nacktbilder im Internet und finden über Social-Media-Kanäle Verbreitung. Die Folgen von „sexting“, wie das Phänomen der Verbreitung von privaten Bildmaterial über MMS getauft wurde, sind gravierend und können die Betroffenen mitunter in den Selbstmord treiben. Ob und wie mit der wachsenden Anzahl von sexting-Fällen umgegangen wird, ob es Erpressungen gegeben hat und welche Maßnahmen getroffen werden, wollte die CSV-Abgeordnete Nancy Arendt in einer rezenten parlamentarischen Anfrage wissen. In ihrer umfangreichen Antwort verweist die gesamte Spitzenministerriege auf „Bee Secure“, eine pluridisziplinäre Plattform, die 2010 geschaffen wurde und deren Internetseite seit letztem Jahr Tipps zur Vermeidung von Cybermobbing enthält. Die Prävention im Rahmen von „Medienerziehung“ sei auch Schwerpunkt an Schulen, an denen seit 2008 ein verantwortungsvoller Umgang mit den Neuen Medien gelehrt werde. Es sei ein Problem, das man gezielt verfolgen und mit zahlreichen Sensibilisierungskampagnen begleite. Aber reichen die Maßnahmen, um Cybermobbing wirksam zu bekämpfen? Oder sind Netzwerke wie „Bee Secure“ nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

Européennes : le fair play... pour les grands

(lc) - L'accord électoral pour la campagne des élections européennes, signé le 18 mars entre le CSV, le LSAP, le DP, Déi Gréng et l'ADR n'a pas fait que des heureux. Comme cela avait été le cas pour les législatives anticipées d'octobre, certains partis n'ont pas voulu - ou pu - signer ce document. Ainsi, Déi Lénk, le Piratepartei, le KPL et le PID ne sont pas signataires. Le parti Déi Lénk, qui a deux représentants à la Chambre des députés, aurait sans doute dû être consulté, mais au lieu de cela on ne lui a juste proposé de voir le document fini afin de le signer, ce qu'il a refusé. Les « grands » partis ont préféré négocier entre eux, de peur que les « petits » ne crachent dans la soupe, avec des exigences trop grandes ou avec trop de précisions. Car cet accord laisse effectivement une grande marge de manoeuvre à ceux qui ont les moyens financiers pour mobiliser à large échelle. Vu que le combat électoral est restreint aux trois semaines avant le scrutin, les « petits » peineront à courir derrière les partis établis.